

Antrag Nr. 06-F-02-0031

16 Büro der STVV

Betreff:

Auswirkungen des demografischen Wandels auf Trinkwasserleitungen und Kanalisation in Wiesbaden
Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 20.11.2006

Antragstext:

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit möge beschließen:

Vorbemerkungen:

Der Wasserverbrauch der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger hat sich im Laufe der Jahre nicht zuletzt auf Grund eines gestiegenen Umweltbewusstseins verringert. Möglicherweise hält dieser erfreuliche Trend an.

Zusätzlich ist nicht auszuschließen, dass auch bei gleich bleibenden Bevölkerungszahlen bedingt durch den demografischen Wandel immer weniger Wasser gebraucht wird.

Andere städtische Maßnahmen wie z.B. Abtrennungen von Bächen und Mischwasserkanalisation würden außerdem für geringere Durchleitungsmengen von Wasser sorgen.

Für die Leitungen und Kanäle könnte sich hieraus ein ernstes Problem entwickeln. Wassersparen könnte für die Stadt teuer werden. Denn die Infrastruktur wird belastet, wenn zu wenig Wasser durch die Netze fließt. Auch üble Gerüche oder die Korrosionsschäden an den Rohrleitungen sind mögliche Folgeerscheinungen. Andere Kommunen pumpen z. T. bereits regelmäßig bis dauerhaft zusätzliches Wasser durch die Leitungen, um eine Verkeimung des Trinkwassers zu verhindern. Langfristig führt möglicherweise kein Weg an einer Anpassung des Netzes vorbei.

Eingedenk dieser Vorbemerkungen wird der Magistrat gebeten

1. zu berichten, wie er hoch er den Wasserverbrauch der Wiesbadener privaten wie gewerblichen Haushalte längerfristig ansetzt, unter Einbeziehung der aktuellen Prognose hinsichtlich Bevölkerungszahlen und demographischer Entwicklung,
2. zu berichten, wie er das Ergebnis in Zusammenhang mit Trinkwasserverbrauch und Kanalisationsauslastung bewertet, auch in Anbetracht dessen, dass der Wasserverbrauch in der Regel über den Kanalisationsmengen liegen dürfte (Grünflächenbewässerung etc.),
3. ob aktuell bereits ein zusätzlicher Wassereinsatz zum Durchspülen der Leitungen o.ä. vorbeugende Maßnahmen zum Einsatz kommen,
4. zu berichten, ob bzw. inwiefern sich die Planungen auf eine möglicherweise notwendige Anpassung der Netzstruktur für die Wasserversorgung und -entsorgung einstellen sowie
5. für die künftigen Planungen ein Konzept zu entwickeln, das nicht nur für veränderte Rahmenbedingungen im Bereich der Wiesbadener Ver- und Entsorgungsleitungen eine Lösung bereithält, sondern welches auch langfristig den Kostenanstieg für die Verbraucher so gering wie möglich hält.

Begründung:

Antrag Nr. 06-F-02-0031
16 Büro der STVV

Wiesbaden, 21.11.2006

Marion Petri
Stadtverordnete CDU

Sven Rischen
Fraktionsassistent